Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 5. Mai 2011
Ausgabe 085
muenchen.de/ru

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Meldungen **5**
› OB Ude zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt 5
› Kooperation zwischen Theater und Schule – 2. Werkschau im Gasteig 15
› 2. Vorbereitungssitzung für Kulturtage Obergiesing - Fasangarten 16
› StartUp München 2011 – Businessplan erstellen leicht gemacht 16
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2, Bezirksteile Glockenbachviertel und Deutsches Museum 17
› Unfallkasse München: Tödliche Gefahr auf dem Spielplatz – Pferdegeschirre, Fahrradhelme und Anorakkordeln 18
› Pflanzentausch- und Wertstoffbörse in der Messestadt Riem 19
› Führung in der Baumschule Bischweiler 21
› Keine Schule, dafür Gedichte im Workshop „Lyric(s) & Graffiti“ 21
› Vortrag „Biografische Recherchen“ im Stadtarchiv 22
› Szenische Lesung auf den Spuren von Klaus und Erika Mann 22
› Bauzentrum München: Experte erklärt Energieeinsparverordnung 23
Antworten auf Stadtratsanfragen **24**
› Verkehrskonzept für den Münchner Norden 1 24
› Verkehrskonzept für den Münchner Norden 2 28
› Verkehrskonzept für den Münchner Norden 3 30

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Freitag 6. Mai, 9.30 Uhr, HVB-Forum, Kardinal-Faulhaber-Straße 1
Oberbürgermeister Christian Ude beteiligt sich an der Podiumsdiskussion „Bürgermeister treffen Europa" im Rahmen der Jahreskonferenz des europäischen Klima-Bündnisses, auf der über die zukünftige Energiepolitik, Initiativen der Europäischen Kommission und die Erwartungen der lokalen und regionalen Ebene diskutiert wird. Weitere Teilnehmer der Podiumsdiskussion sind Philip Lowe, Generaldirektor für Energie, Europäische Kommission, Maria Vassilakou, Vizebürgermeisterin der Stadt Wien, Ronqan Dantec, Vizepräsident der Metropolregion Nantes, und Joan Antoni Baron Espinar, Präsident der Abteilung für Umwelt, Provinz Barcelona.

Wiederholung
Freitag, 6. Mai, 9.30 Uhr, Kulturhaus Milbertshofen,
Stadtrat Christian Müller (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Auftaktveranstaltung des Aktionstages für Familien 2011.

Wiederholung
Freitag, 6. Mai, 10 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Bürgermeister Hep Monatzeder begrüßt Schüler, die im Rahmen des Europa-Tages am Planspiel „Strom für Europa!" teilnehmen. Die Schüler der 10. Jahrgangsstufe des Oskar-von-Miller-Gymnasiums versetzen sich in die Rolle europapolitischer Akteure und debattieren über die Zukunft der Energieversorgung Europas. Dabei diskutieren sie, wie beim europäischen Gesetzgebungsverfahren, über eine Richtlinie zur Senkung der Treibhausgasemissionen und zur Förderung erneuerbarer Energieträger.
Das Schüler-Planspiel ist ein Baustein des Europa-Tag-Programms, das den gesamten 6. Mai über im Rathaus und am Marienplatz stattfindet.

Wiederholung
Freitag, 6. Mai, 11 Uhr, Café Netzwerk, Luisenstraße 11
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte anlässlich des Münchner Regionalentscheids des Schülerwettbewerbs „Ecopolicyade". Wesentlicher Inhalt der Ecopolicyade ist das Computersimulationsspiel „Ecopolicy", bei dem Schülerinnen und Schüler ein fiktives Land so regieren, dass es sich unter wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Gesichtspunkten optimal entwickelt. Detaillierte Informationen unter *www.bene-muenchen.de*.

Achtung Redaktionen: Neue Uhrzeit
Freitag, 6. Mai, 11 Uhr (statt wie angekündigt 9 Uhr),
Neustifter Straße 24
Stadtrat Dr. Reinhard Bauer (SPD) gratuliert der Münchner Bürgerin Wilhelmine Jocher im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Wiederholung
Freitag, 6. Mai, 11.30 Uhr
Polizeipräsidium München, Medienzentrum, Augustinerstraße 2
Am 14. Januar 2009 wurde das Sicherheits- und Aktionsbündnis Münchner Institutionen (S.A.M.I.) gegründet, an dem sich das Polizeipräsidium München, das Kreisverwaltungsreferat, weitere städtische Referate sowie externe Stellen beteiligen. Ziel des S.A.M.I. ist es, Problemen im öffentlichen Raum durch aktive Präventionsarbeit bereits in den Anfängen entgegenzutreten und in einem ressortübergreifenden Ansatz rasch zu lösen. Anlässlich des zweijährigen Bestehens stellen Polizeivizepräsident Robert Kopp und Kreisverwaltungsreferent Dr. Wilfried Blume-Beyerle die umfangreiche Arbeit des Aktionsbündnisses anhand einiger konkreter Beispiele vor.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 6. Mai, 19 Uhr, Rathaus, Großer Sitzungssaal
Dr. Ernst Wolowicz, Stadtkämmerer der Landeshauptstadt München, diskutiert im Rahmen des Europa-Tages mit Politikern und Experten unter dem Motto „Der Euro – unsere Zukunft!?". Die weiteren Teilnehmer sind: Wolfgang Kreissl-Dörfler, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Bundesbankdirektor Franz Josef Benedikt von der Hauptverwaltung München der Deutschen Bundesbank sowie Jürgen Kröger von der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission. Die Podiumsdiskussion wird von Ingo Lierheimer vom Bayerischen Rundfunk moderiert. Die Podiumsdiskussion ist ein Baustein des Europa-Tag-Programms, das den gesamten 6. Mai über im Rathaus und am Marienplatz stattfindet.

Wiederholung
Freitag, 6. Mai, 19.30 Uhr,
Prinzregententheater, Prinzregentenplatz 12
Bürgermeister Hep Monatzeder spricht Grußworte anlässlich des 5. Münchener Aids-Konzertes des Münchener Kammerorchesters. Das Konzert

wird unter Leitung von Alexander Liebreich mit den Solisten Alice Sara Ott, Sandrine Piau und Martin Grubinger stattfinden. Der Erlös des Konzertes kommt der Münchner Aids-Hilfe zugute.

Wiederholung mit Ergänzung zur Anmeldung
Montag, 9. Mai, 13 Uhr, Münchner Künstlerhaus, Lenbachplatz 8
Staatsministerin Professorin Dr. Maria Böhmer, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Dr. Marcel Huber, Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, und Bürgermeister Hep Monatzeder eröffnen die Bundeskonferenz der Integrations- und Ausländerbeauftragten, die am 9. und 10. Mai in München tagt. Sie steht unter dem Titel „Wahrnehmung und Wirklichkeit – Integrationsland Deutschland". Um 13.30 Uhr findet eine Pressekonferenz mit Professorin Böhmer, Martin Neumeyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung, und Bürgermeister Monatzeder statt. Das gesamte Programm der Bundeskonferenz ist im Internet abrufbar unter *www.integrationsbeauftragte.de*
Journalisten sind eingeladen, auch über die Pressekonferenz hinaus an der Bundeskonferenz teilzunehmen.
Achtung Redaktionen: Eine Teilnahme an den einzelnen Foren ist nach vorheriger Anmeldung bis spätestens Freitag, 6. Mai, möglich, unter E-Mail: oliver.mohr@bk.bund.de.

Dienstag, 10. Mai, 9 Uhr, Deisenhofener Straße 39
Stadtrat Johann Altmann (Freie Wähler) gratuliert der Münchner Bürgerin Katharina Kastenmaier im Namen der Stadt zum 100. Geburtstag.

Dienstag, 10. Mai, 11 Uhr,
Grundschule an der Ichostraße 2 (Schulhof)
Nach der Begrüßung durch den Leiter der Grundschule an der Ichostraße, Martin Rothenaicher, spricht Stadtschulrat Rainer Schweppe zur Eröffnung der Saison der Schulhoföffnung 2011. Im Anschluss an den offiziellen Teil findet ein Spiel- und Sportfest für Kinder und Jugendliche statt. Die Veranstaltung endet um 17 Uhr. In diesem Schuljahr sind 26 Schulhöfe und sechs Sportplätze nach Schulschluss für Sport und Spiel geöffnet. Detaillierte Infos zur Schulhoföffnung sowie eine Übersicht aller Standorte, Öffnungszeiten und Spielangebote im Internet unter *www.muenchen.de/Rathaus/scu/schulen/410240/schulhofoeffnung.html.*

Dienstag, 10. Mai, 15.30 Uhr, Königsplatz
Stadtschulrat Rainer Schweppe liest bei der Gedenkaktion „München liest – aus verbrannten Büchern". Die Aktion erinnert an Autoren und Autorinnen, deren Bücher im Nationalsozialismus auf dem Königsplatz verbrannt wurden. Veranstalter ist das Institut für Kunst und Forschung zusammen mit dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der Volkshochschule München, den Münchner Stadtbibliotheken, dem Schriftstellerverband P.E.N., dem Verband Deutscher Schriftsteller, der Oskar-Maria-Graf-Gesellschaft, dem Evangelisch-Lutherischen Dekanat München, der Ludwigs-Maximilians-Universität und dem NS-Dokumentationszentrum.

Dienstag, 10. Mai, 19 Uhr,
Carl-Orff-Saal, Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann (FDP) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur zweiten Werkschau des Projekts „TUSCH – Theater und Schule".
(Siehe auch unter Meldungen)

Meldungen

OB Ude zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt
(5.5.2011) Oberbürgermeister Christian Ude ist zum neuen Präsidenten des Deutschen Städtetages gewählt worden. Am Schlusstag der 36. Hauptversammlung in Stuttgart wählten die Delegierten den SPD-Politiker zum dritten Mal – nach 2005 in Berlin und 2007 in München – für zwei Jahre ins höchste Amt des größten kommunalen Spitzenverbandes. Seit 2009 war er Vizepräsident des Deutschen Städtetages, 2003 bis 2005 fungierte er als stellvertretender Präsident. Christian Ude ist seit 1993 Oberbürgermeister von München und gehört dem Präsidium des Deutschen Städtetages seit 1996 an.
Ude löst die bisherige Präsidentin, die Oberbürgermeisterin von Frankfurt am Main, Dr. h.c. Petra Roth (CDU), ab, die zur Vizepräsidentin des Deutschen Städtetages gewählt wurde. Sie stand in den Jahren 1997 bis 1999, 2002 bis 2005 sowie 2009 bis jetzt an der Spitze des Deutschen Städtetages. In den Jahren dazwischen hatte sie das Amt der Vizepräsidentin inne. Roth ist seit 1995 Oberbürgermeisterin der Stadt Frankfurt am Main und gehört seitdem auch dem Präsidium des Deutschen Städtetages an. Als Stellvertreter des Präsidenten wählten die Delegierten Oberbürgermeister Helmut Himmelsbach, Heilbronn, Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly,

Nürnberg, Oberbürgermeister Hans Schaidinger, Regensburg, Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld, Mülheim an der Ruhr, Oberbürgermeister Dr. Wolfgang Schuster, Stuttgart, sowie Oberbürgermeister Horst Frank, Konstanz. Neu in dieses Amt aufgerückt sind Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld sowie Oberbürgermeister Horst Frank.

Als neu gewählter Präsident hielt Ude seine Antrittsrede vor der Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Stuttgart:

„Eigentlich ist ja bei einer Antrittsrede des neuen Präsidenten als Erstes eine Erwiderung auf die Worte des gastgebenden Ministerpräsidenten vorgesehen, aber nachdem Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, in Würdigung des Wahlergebnisses auf tagesaktuelle Kommentare verzichtet haben und stattdessen die Bedeutung der Städte herausstellten, kann ich Ihnen nur aus vollem Herzen zustimmen: Die Bedeutung der Städte kann man gar nicht hoch genug bewerten. Das hört man doch immer wieder gerne! Vielen Dank für diese Wertschätzung.

Nun steht Baden-Württemberg und seine Landeshauptstadt aber nicht nur wegen des Machtwechsels auf Landesebene, sondern auch wegen örtlicher Proteste im Mittelpunkt des bundesdeutschen Interesses. Angeblich haben wir hier im Zusammenhang mit dem Bahnhofsprojekt Stuttgart 21 eine tiefgreifende Zäsur unserer Nachkriegs-Demokratiegeschichte erlebt, ein völlig neues Selbstverständnis der Bürgerschaft, eine Sternstunde direkter Demokratie, ja die Geburtsstunde eines neuen Zeitalters, hinter der es kein Zurück zu traditionellen Formen der politischen Willensbildung mehr geben dürfe. So war es ebenfalls in manchem Leitartikel und bevorzugt im Feuilleton zu lesen. Selbstverständlich werde ich darauf noch näher eingehen, wenn auch ohne die Bereitschaft, mich allzu tief vor dem Zeitgeist zu verneigen.

Dank an Petra Roth

Zunächst aber will ich Dank sagen, Dank sagen im Namen aller heute gewählten Mitglieder des Präsidiums. Wir danken Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, die Sie rund 3.400 Städte mit mehr als 51 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern vertreten, für Ihr Vertrauen, das sich wieder einmal in einem eigentümlich einfachen Wahlverfahren entladen hat – übrigens ein bemerkenswerter Beleg, dass die einfachsten Verfahren nicht zu den schlechtesten Ergebnissen führen müssen. Finden wir jedenfalls.

Mein besonderer Dank gilt meiner Vorgängerin, die schon einmal auch meine Nachfolgerin war. So treiben wir, liebe Petra Roth, dies schon seit einem Jahrzehnt. Böse Stimmen, die ich aber zum Glück noch nicht gehört habe, könnten von einem „closed job“ sprechen, obendrein von einem äußerst kleinen. Da gefällt mir das Bild von einem erfolgreichen Tandem

schon erheblich besser, von einem Tandem, bei dem nicht wichtig ist, wer gerade vorne oder hinten sitzt, bei dem es vielmehr stets nur darauf ankommt, dass beide kräftig strampeln und dass vor allem die Richtung stimmt. Die Erfolge des Städtetags, ja der gesamten kommunalen Familie bei der Abwehr äußerst bedrohlicher Pläne zeigen deutlich, dass die Richtung gestimmt hat in den beiden Jahren, in denen Du den Lenker in der Hand hattest. Herzlichen Glückwunsch und Dankeschön dafür.
Als ich Dir schon einmal nachfolgen durfte, 2005 ist das gewesen, habe ich Dich wegen Deines Kampfes für bessere Kommunalfinanzen „die Jeanne d'Arc der deutschen Städte" genannt. Das kann ich jetzt nicht mehr toppen. Aber ich kann Dir versichern, dass die Zusammenarbeit auch in den nächsten beiden Jahren weiterhin Spaß machen wird.

Bürgermeister – angesehen und zufrieden

Nicht auf jeder Ebene fällt einem bei der Betrachtung politischer Ämter das Wort Spaß ein. Aber da gab es zum Glück die Umfrage der Bertelsmann-Stiftung. Da aktuellere Umfragen mit ihren Erkenntnissen zur Sonntagsfrage für viele von uns, eigentlich sogar für alle außer für die Grünen Kollegen, derzeit so schrecklich sind, dass man sie sofort vergessen möchte, können wir uns ruhig noch einige Zeit an dieser Umfrage aus dem Jahr 2008 wärmen. 78 Prozent der wahlberechtigten Deutschen sind mit ihren Bürgermeistern zufrieden bis sehr zufrieden und auch die Stimmung bei den Bürgermeistern ist gut: 96 Prozent der hauptamtlichen Oberbürgermeister und Bürgermeister in Deutschland sind zufrieden mit ihrem Beruf. Eine so angesehene und überdies auch noch zufriedene Kollegenschaft zu vertreten, darf schon auch Spaß machen.

Das Lustzentrum der deutschen Politik

Wir sind in Zeiten modischer Politikverdrossenheit, die längst auch auf viele Repräsentanten der politischen Klasse übergesprungen ist, das Lust-Zentrum der deutschen Politik! Das war jetzt vielleicht ein bisschen dick aufgetragen, aber man muss dem Eindruck entgegenwirken, dass wir nur jammern können, wozu man uns aber in der Vergangenheit auch allzu oft allen Anlass geboten hätte.

Der Städtetag hat Recht bekommen...

Mit unserer Macht ist es ja nicht so weit her, als dass wir daraus einen Lustgewinn ziehen könnten: Wir haben ja nur die Macht der besseren Argumente, keine Stimmgewalt im Gesetzgebungsverfahren, kein Vetorecht, nicht einmal die Chance, den Gesetzgeber gegen Ende des Verfahrens nochmals mit den Folgen seines Tuns zu konfrontieren. Was hätten wir nicht alles uns, den Städten und ihren Menschen, aber auch dem Gesetzgeber selbst ersparen können, wenn wir im Gesetzgebungsverfahren nicht draußen vor der Tür Platz nehmen müssten. Wir hätten beispielswei-

se uns allen bei der Föderalismusreform I ein Kooperationsverbot im Grundgesetz ersparen können, das der Bund pausenlos umgehen möchte, von der Kinderbetreuung über die Schulpolitik und die energetische Sanierung bis zur Arbeitsmarktpolitik, seitdem er es allzu unbedacht mit Verfassungsrang ausgestattet hat. Wir hätten dem Bund auch ersparen können, sich immer wieder und unter wechselnden parteipolitischen Vorzeichen an der Gewerbesteuer versündigen zu wollen, bis er endlich immer wieder kapiert, dass dies böse enden würde. Und wir hätten dem Bund auch einige Jahrzehnte früher zu der Einsicht verhelfen können, dass die Betreuung von Kindern unter sechs Jahren und die bessere Integration von Menschen ausländischer Herkunft höchst bedeutsame öffentliche Aufgaben sind, an denen er sich tunlichst beteiligen sollte, statt sie viel zu lange zu leugnen. Wer so oft bei zentralen politischen Themen Recht bekommen hat wie der Deutsche Städtetag, sollte endlich auch mehr Rechte bekommen.

Ehrenmitglied Rosemarie Wilcken

Noch einen Glückwunsch habe ich auszusprechen: An unser neues Ehrenmitglied Rosemarie Wilcken, die zwei Jahrzehnte lang nicht nur die Geschicke der Hansestadt Wismar glänzend gemeistert, sondern auch als Stimme des Ostens die Arbeit des Präsidiums mitgeprägt hat. „Stimme des Ostens“ – das lässt Ahnungslose ein Klagelied befürchten. Aber Rosemarie Wilcken hat die Parole „jammern verboten“ ausgegeben und stets gute Laune und ansteckende Heiterkeit verbreitet, während sie unentwegt an pragmatischen Lösungen gearbeitet hat. Und noch etwas: In Berlin, wo wir am häufigsten tagen, hat Klaus Wowereit zwar schon eine schier unglaubliche Vielfalt von Neu- und Umbauten anregender Kulturinstitute als Kulisse für unsere Treffen geboten, aber dennoch konnte Rosemarie Wilcken ein unerreichtes Highlight liefern, eine unvergessliche Ostseerundfahrt auf einer historischen Kogge. Das hat Maßstäbe gesetzt!

Finanzsituation weiterhin bedrohlich!

Im Vorfeld dieser Konferenz bin ich von besorgten Journalisten schon gefragt worden, ob ich sie allen Ernstes zwei weitere Jahre mit dem Glück und Segen bringenden Vorzügen der Gewerbesteuer nerven wolle. Nun, ein wenig Trost konnte ich da schon spenden: Ganz so schlimm wird es nicht kommen, weil der Grundsatzstreit um die Gewerbesteuer wohl ausgestanden ist und ein wenig thematische Abwechslung mir auch gelegen käme; aber für eine Entwarnung ist es noch zu früh, denn die Finanzlage der deutschen Städte ist unverändert dramatisch – und die Gewerbesteuer zwar nicht mehr im Grundsatz, wohl aber im Detail in Gefahr.

Zu Beginn dieser Legislaturperiode wurden wir im Koalitionsvertrag auf Bundesebene bedroht durch die Ankündigung, man wolle die Gewerbesteuer überprüfen mit dem ausdrücklichen Ziel ihrer Abschaffung. Das war

schon irritierend, nachdem die Kanzlerin sowohl beim Städtetag in München 2007 als auch in Bochum 2009 versprochen hatte, die Gewerbesteuer nicht gegen den Willen der kommunalen Spitzenverbände abzuschaffen. Nach strapaziösen Irrungen und Wirrungen in der Gemeindefinanzreformkommission sind wir froh und erleichtert, dass dieses Wort gehalten worden ist. Und als überparteilicher Verband glauben wir auch gerne daran, dass dies auf die Entschlossenheit zurückzuführen ist, das gegebene Wort auch tatsächlich einzuhalten und nicht auf den Verlust der Mehrheit im Bundesrat, der sich zur gleichen Zeit ereignet hat.
Aber ist damit die Welt der kommunalen Finanzen in Ordnung? Manche Medien wollen uns dies einreden mit dem Hinweis, die Gewerbesteuer sei nicht nur gerettet, sondern überdies im vergangenen Jahr um 7,7 Prozent gestiegen. Glückliche Zeiten! Fette Jahre!

Über 40 Milliarden Euro Kassenkredite

Gegen solche Schönfärberei, die natürlich schon die nächsten Anschläge auf unsere Finanzausstattung vorbereiten soll, müssen wir uns mit allem Nachdruck zur Wehr setzen. Bleiben wir bei der Zahl 7,7: Das ist nicht nur der Prozentsatz, um den die Gewerbesteuer nach einem krisenbedingten Einbruch wieder angestiegen ist, das ist auch der Milliardenbetrag, der das Jahresdefizit der deutschen Kommunen benennt. Von der kommunalen Finanznot kann man sich nur ein realistisches Bild machen, wenn man auch zwei andere Zahlen im Kopf hat: Die Kassenkredite, die Deutschlands Kommunen aufnehmen mussten, um ihre laufenden Ausgaben bestreiten zu können, sind auf über 40 Milliarden geklettert! 2005 war dieser Betrag noch halb so groß. Kassenkredite haben nichts mit großen Investitionsvorhaben zu tun, bei denen der wachsenden Schuldenlast entsprechende höhere Vermögenswerte gegenüberstehen; Kassenkredite dienen nur dazu, laufende Ausgaben zu finanzieren. Über 40 Milliarden! Wer dieses Alarmzeichen übersieht oder leugnet, verliert jeden Kontakt zur Realität. Und noch eine Zahl müssen wir der Öffentlichkeit und besonders allen Parlamentariern einschärfen: Die meist gesetzlich vorgeschriebenen Sozialausgaben der Kommunen sind mittlerweile auf mehr als 42 Milliarden angestiegen. Tendenz weiter wachsend. Je strukturschwächer eine Kommune, desto schneller. Bei aller Sehnsucht nach einem Themenwechsel: Die Finanznot bleibt auf der Tagesordnung, auch wenn die Vorzüge der Gewerbesteuer nicht mehr so oft gepredigt werden müssen.

Entlastung reicht noch nicht aus

Es ist aber nicht so, dass unsere Freude über die Erhaltung der Gewerbesteuer auch schon Anlass zur Dankbarkeit wäre, denn erstens gibt es immer noch Versuche, diese Steuer, wenn man sie schon nicht abschaffen

kann, wenigstens zu durchlöchern. Dem schmettern wir ein kräftiges „Finger weg!“ entgegen.
Und zweitens war es doch das zwingende Gebot der Stunde, zu Beginn dieser Legislatur den Finanzruin der Kommunen abzuwenden und ihnen Entlastung zu bringen. Da können wir nicht damit zufrieden sein, dass man uns die wichtigste Einnahmequelle nicht auch noch weggenommen hat. Die Entlastung bei der Grundsicherung im Alter war ein bedeutsamer Schritt, dem aber weitere folgen müssen.
Deutschlands Kommunen, die zu einem großen Teil unter Haushaltskuratell stehen, unter mehr als 40 Milliarden Kassenkrediten leiden und aus Finanznot keine kommunale Selbstverwaltung mehr praktizieren können, warten auf lebenserhaltende Maßnahmen und können nicht damit zufrieden sein, dass man ihnen den Finanzhahn nicht völlig zudreht.

Rechtsanspruch überfordert Kommunen

Zu einer Entlastung gehört auch, dass der Bund keine Standards erhöht und keine Leistungen streicht, wenn dies in der Folge wieder die Kommunen trifft. Beispiel Kinderbetreuung. Der Bund hat den Rechtsanspruch auf Betreuung von Kindern bis zum Jahr 2013 geschaffen und dankenswerterweise auch einen Beitrag zur Finanzierung geleistet, aber es fehlen immer noch über 300.000 Plätze, um allein den heute schon ermittelten Bedarf von 39 Prozent zu befriedigen. Wenn Eltern im Westen so viel Bedarf anmelden wie bereits im Osten (46 Prozent) sogar 455.000 Plätze. Ohne massive Hilfe der Länder können die Kommunen diese gigantische Aufgabe nicht bewältigen. Hier darf es nicht eine Arbeitsteilung geben nach dem Motto: Die höheren Ebenen verteilen die Wohltaten wie den Rechtsanspruch, die Kommunen aber tragen den Löwenanteil der ständig wachsenden Lasten und haben die Klageflut enttäuschter Eltern zu ertragen. Um es klar zu sagen: Ohne zusätzliche Hilfen, die schnell gewährt werden müssen, sind die notwendigen Plätze nicht zu schaffen und der auf höherer Ebene eingeführte Rechtsanspruch, so gesellschaftspolitisch wünschenswert er auch ist, nicht zu erfüllen.

Städtebauförderung: Den Druck erhöhen!

Oder das Thema Städtebauförderung, wo der Bund sein Engagement halbieren wollte und immer noch an unvertretbaren Kürzungen festhält. In vollem Konsens haben wir mit dem Bund diskutiert, was alles getan werden muss, damit gefährdete Quartiere nicht „umkippen“ und die Integration besser gelingt. Aber was hilft uns dieser Konsens, wenn der Bund dann seine Finanzprobleme löst mit einer Kürzung der „Sozialen Stadt“ von 95 auf weniger als 30 Millionen pro Jahr? Es ist schön, dass der Bund beim Städtetag in München 2007 die Integration als gesellschaftliche Querschnittsaufgabe anerkannt hat – aber er muss den schönen Worten dann

auch entsprechende Taten folgen lassen und da nicht das glatte Gegenteil tun. Wir werden schon in den nächsten Wochen gemeinsam mit den Bundesländern den Druck in Sachen Städtebauförderung und insbesondere „Soziale Stadt“ erhöhen.

Chancen für die kommunale Energiepolitik

Lassen Sie mich kurz einige weitere Schwerpunkte der beginnenden Amtszeit skizzieren. Erst im vergangenen Herbst mussten wir beklagen, dass die Bundesregierung in der zentralen energiepolitischen Frage des Landes die Kommunen mit ihren Energieunternehmen nicht angemessen beteiligt und mit der Verlängerung der Laufzeiten die Marktchancen erneuerbarer Energien verschlechtert hat. Aber das ist Schnee von gestern, nach Fukushima wird die Notwendigkeit einer Energiewende ja nicht mehr geleugnet. Die Abschaltung der ältesten sieben deutschen Kernkraftwerke, die vor der Laufzeitverlängerung schon einmal beschlossene Sache war, wurde von uns ausdrücklich begrüßt. Aber jetzt müssen endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden: Nur mit starken Stadtwerken gibt es Wettbewerb auf dem Energiemarkt, nur mit starken Stadtwerken können dezentrale Strukturen geschaffen werden, nur mit starken Stadtwerken ist der flächendeckende Ausbau erneuerbarer Energien im erforderlichen Umfang möglich, nur starke Stadtwerke garantieren jetzt schon die hohe Effizienz durch Wärme-Kraft-Kopplung. Deshalb ist es allerhöchste Zeit, den kommunalen Versorgungsunternehmen nicht ständig Hürden in den Weg zu stellen oder Handschellen anzulegen, sondern ihnen endlich faire Wettbewerbsbedingungen zu bieten, gerade im Verhältnis zu den großen Konzernen, die große Teile des nationalen Marktes unter sich aufteilen konnten und selbstverständlich grenzenlos agieren dürfen. Es wird in dieser Frage weiterhin eine enge und wirksame Zusammenarbeit mit dem Städte- und Gemeindebund sowie dem Verband kommunaler Unternehmen geben.

Sparkassen – Vorrang vor Landesbanken

Wie die Stadtwerke haben sich auch die Sparkassen mit ihrer dezentralen Struktur bestens bewährt, gerade in Zeiten der Krise und der Umbrüche. Das lässt sich aber vom öffentlichen Finanzsektor nicht pauschal behaupten, wie die Landesbanken erschütternd deutlich belegen. Lassen Sie es mich klipp und klar sagen: Weil sich die Sparkassen als Stabilitätsfaktor in einer krisenanfälligen Finanzbranche bestens bewährt haben, weil sie mehr denn je das Vertrauen der Bevölkerung genießen und von der Bürgerschaft als Finanzdienstleister gebraucht werden, weil sie mit ihrer regionalen Verankerung für die örtliche Wirtschaft unentbehrlich sind, weil sie vorbildlich für Mittelstand und Existenzgründer eintreten und weil sie nicht zuletzt als Steuerzahler, als Arbeitgeber, als Ausbilder und häufig als wichtigster Sponsor für soziale, kulturelle und sportliche Projekte eine Wohltat für

die örtliche Gemeinschaft sind und ein tragfähiges Geschäftsmodell besitzen, hat für uns der Schutz der Sparkassen und ihres öffentlich-rechtlichen Charakters absoluten Vorrang vor dem Bestandsschutz einzelner Landesbanken, die sich eben nicht in gleicher Weise bewähren konnten und noch kein überzeugendes Geschäftsmodell für eine Mehrzahl von Landesbanken vorlegen konnten. Mit dieser Feststellung leugnen wir nicht die Verantwortung der Sparkassengruppe als Miteigentümer der Landesbanken, der die Sparkassen ohnehin nicht entkommen können, wir ziehen nur die richtigen Konsequenzen aus schmerzhaften Erfahrungen, die wir nicht nochmals erleiden wollen. Nach meiner Vorstellung soll sich der Städtetag in diese Debatte auch auf der jeweiligen Landesebene und der europäischen Ebene noch stärker einbringen, schließlich sind die Stadtsparkassen unsere Banken und die Bevölkerung erwartet, dass auch überall Sparkasse drin ist, wo Sparkasse drauf steht. Mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband wir es weiterhin eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit geben.

Muss kommunale Demokratie erst erfunden werden?

Hier in Stuttgart ist es unvermeidlich – und in den kommenden Jahren wird es in ganz Deutschland so sein -, dass wir uns mit Bürgerprotest und Politikverdrossenheit, mit Information, Kommunikation und Partizipation sowie neuen Formen direkter Demokratie befassen. Dazu möchte ich mit einigen Thesen anregen:

1. Misstrauen und Unzufriedenheit dem politischen Betrieb gegenüber sind wahrlich kein speziell kommunales Problem. Die größte Verdrossenheit gibt es Umfragen zufolge in der Bundespolitik, die größten demokratischen Defizite auf der europäischen Ebene, die zunehmend nationalen Parlamenten Befugnisse nimmt, ohne gleichzeitig das Europäische Parlament entsprechend zu stärken. Wir an der kommunalen Basis stellen uns täglich der Bürgerschaft. Auch wenn ein Bahnhofsprojekt sehr umstritten ist, brauchen wir nicht bundesweit in Sack und Asche zu gehen.
2. Gleichzeitig dürfen wir uns aber auch nicht in die Tasche lügen: Das Misstrauen gegen Amtsinhaber, politische Entscheidungen und behördliche Planungen ist auch ein kommunales Thema, dem wir nicht ausweichen dürfen.
3. Die allgemeine Lebensweisheit, dass nichts so gut ist, dass es nicht noch besser werden könnte, gilt selbstverständlich auch für die kommunale Demokratie. Wir müssen uns immer Fragen, ob wir vorhandene Instrumente besser nutzen und zusätzliche Instrumente schaffen sollten. Das Baugesetzbuch liefert ja häufig tatsächlich nur Alibi-Veranstaltungen, deren Mitwirkungschancen sich nur Kundigen und Einge-

weihten erschließen. Genauso wie die Stadt niemals fertig ist, sondern sich immer weiter entwickeln muss, müssen wir kontinuierlich immer „noch mehr Demokratie wagen". Dazu gehört eine frühere und bessere Information, die tatsächlich alle Zielgruppen der Gesamtbevölkerung erreicht, eine Herstellung von Öffentlichkeit in Zukunftsfragen, die nicht zuletzt wegen der zunehmenden Oberflächlichkeit vieler Medien immer schwerer gelingt, und eine Dialogbereitschaft, bevor die Würfel fallen. Bei den hervorragenden Instrumenten des Bürgerbegehrens und Bürgerentscheids darf es keine Hürden geben, die kaum überwindbar sind; das gilt auch für Volksentscheide. Wenn wir Kommunalpolitiker unsere Legitimation auch bei verheerend niedriger Wahlbeteiligung nicht in Zweifel ziehen, dürfen wir bei Einzelentscheidungen der Bürgerschaft keine höheren Prozentsätze verlangen, als sie uns selber als Legitimationsbasis zur Verfügung stehen.

4. Und natürlich müssen wir die neuen Medien nutzen, die in Nordafrika soeben ja wohl das entscheidende Forum der Demokratiebewegung waren. Hier schlummern gewaltige Potenziale für Information, Artikulation und Mitwirkung. Allerdings dürfen wir die „digitale Spaltung" der Gesellschaft nicht vergessen, die zumindest in absehbarer Zukunft – wenn auch in schwindendem Maße – fortbestehen wird. Wir sind allen Bürgerinnen und Bürgern verpflichtet, nicht nur denen, die schon online kommunizieren.

Trotz dieser Bereitschaft zu ständigen Verbesserungen möchte ich Einspruch erheben gegen die These, der Verlauf der Stuttgarter Prozeduren habe ein neues Zeitalter der Demokratie eröffnet und der Wutbürger müsse als neuer Souverän etabliert werden:

1. Als Erstes müssen wir mehr Sorgfalt auf den Begriff der „Betroffenheit" einfordern. Von einer S-Bahn-Ertüchtigung oder neuen Trambahn-Trassen sind doch nicht nur die Anwohner der Baustellen „betroffen", sondern auch die unüberschaubar große Zahl der Fahrgäste. Von einem Kinderspielplatz oder Sozialeinrichtungen in Villenvierteln sind nicht nur die Anwohner „betroffen", die Kinderlärm oder Wertverluste ihrer Immobilien befürchten, sondern alle, die eine kinderfreundliche Stadt und einen sozialen Staat brauchen und realisiert sehen wollen. Wenn teure Einrichtungen gefordert werden – von weiteren Konzertsälen bis zu weiteren Stadien - , dann sind doch nicht nur die künftigen Nutzer „betroffen", sondern alle Bürgerinnen und Bürger, die diese Einrichtungen bezahlen oder aber mit anderen Anliegen wie Kinderbetreuung oder Schulerweiterung zurückstehen sollen. Lautstark behauptete „Betroffenheit" darf nicht zur Privilegierung bestimmter Interessensgruppen führen.

2. Ebenso fordere ich mehr Sorgfalt beim Begriff des Minderheitenschutzes, der mir heilig ist, weil er das Wesen einer freiheitlichen und lebenswerten Demokratie ausmacht. Minderheiten sollen sich frei entfalten können und mit all ihren Rechten geschützt werden, aber sie haben noch lange kein Recht, anstelle der Mehrheit zu entscheiden. Darauf würde es aber hinauslaufen, wenn wir Mehrheitsentscheidungen grundsätzlich für fragwürdig und sogar illegitim erklären, solange es Minderheitenproteste dagegen gibt.
3. Wir sollten uns auch davor hüten, nach eigenem Gutdünken dem Bürgerprotest eine stetige Richtung anzudichten, die er gar nicht hat. Beispielsweise ist es ein Irrtum, dass der Bürgerprotest immer Grün sei. Der erste Münchner Bürgerentscheid hat gegen die Grünen und die Roten und den Oberbürgermeister sündteure Autotunnels durchgesetzt, der Wutbürger saß hinter Windschutzscheibe und Lenkrad. Bürgerwille richtet sich auch keineswegs immer gegen Großprojekte, wie in München die Zweidrittel-Mehrheit für ein vom Stadtrat mehrheitlich vorgeschlagenes Fußballstadion zeigt. Bürgerprotest ist auch nicht immer fortschrittlich, wie zumindest nach Meinung mehrerer politischer Parteien der Hamburger Schulentscheid bewiesen hat.
   Der Hinweis, dass Bürgerprotest unterschiedlichste Richtungen einnehmen kann, ist mir deshalb so wichtig, weil viele derzeit glauben, mit einer Lähmung politischer Gremien und einer Stärkung des Wutbürgers könne der ökologische Fortschritt beschleunigt werden.
   Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn es wahr ist, dass wir derzeit eine große Energiewende erleben, dann werden in der kommenden Dekade die meisten Großprojekte, mit denen der Steuerzahler strapaziert und die Landschaft verändert wird, dem Ausbau der erneuerbaren Energien und dem Aufbau neuer Netze sowie Speicherkapazitäten dienen. Ich frage mit allem Nachdruck: Soll da wirklich die Parole gelten, dass Großprojekte grundsätzlich pfui sind und kein Anwohnerprotest durch demokratische Mehrheiten überstimmt werden kann? Kommt es nicht ganz im Gegenteil gerade aus ökologischen Gründen darauf an, die Handlungsfähigkeit unserer Demokratie zu erhalten?
4. Und schließlich frage ich mich, ob wir gewählten Bürgermeister und Ratsmitglieder wirklich gut beraten sind, dem nicht gewählten, sondern von irgendwem ausgehandelten Schlichter als neues Leitbild zuzujubeln, bei allem Respekt vor Heiner Geißler, der hier einen glänzenden Job gemacht hat und viel Aufklärung nachholte, die längst hätte erfolgen müssen. Aber ist nicht trotzdem der Schlichter, der als ehrwürdige Einzelperson einsame Entscheidungen trifft, eher ein Rückgriff auf uralte antiparlamentarische Ressentiments unter der Leitmelodie

„Politisch Lied, ein garstig Lied", also eher ein vordemokratisches Modell als die Krönung direkter Demokratie? Auch wenn hier in Stuttgart über einen Bahnhof und anderswo vielleicht über Windräder oder Hochspannungsleitungen durch die Bürgerschaft selbst entschieden wird, bleiben in der deutschen Kommunalpolitik viele Tausende Entscheidungen zu treffen, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung durch neue Kinderkrippen und Schulerweiterungen, Wohnungsbauten und Verwaltungsgebäude, öffentliche Verkehrsmittel und soziale Leistungen und kulturelle Angebote zu befriedigen. Getroffen werden müssen diese Entscheidungen durch Zehntausende ehrenamtlicher Stadträtinnen und Stadträte, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die dazu immerhin demokratisch gewählt sind und sich jahrelang sachkundig machen und die deshalb nicht ständig abgewertet werden sollten, als ob sie alle doof, machtbesessen und korrupt wären. So viel Selbstbewusstsein möchte schon sein! Lassen Sie uns erhobenen Hauptes wieder an die Arbeit gehen!"

Kooperation zwischen Theater und Schule – 2. Werkschau im Gasteig
(5.5.2011) Unter der Schirmherrschaft von Oberbürgermeister Christian Ude begann im September 2009 mit dem Auftakt zum Projekt „TUSCH München" eine kontinuierliche Zusammenarbeit von fünf Münchner Theatern mit je einer Münchner Schule. Das Projekt „TUSCH – Theater und Schule" konnte sich in mehreren deutschen Großstädten als Erfolgsmodell kultureller Bildungsarbeit etablieren.
In München beteiligten sich insgesamt über 3.500 Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen und Schularten. Während der Projektdauer lernen die Kinder und Jugendlichen die Theater und ihre Produktionen kennen, besuchen Vorstellungen, blicken hinter die Kulissen und gestalten gemeinsam öffentliche Aufführungen, Performances, Lesungen und Ausstellungen. Die Kooperationspartner arbeiten für den Zeitraum von zwei Jahren zusammen. Einmal im Jahr werden die Arbeitsergebnisse dieser Partnerschaften öffentlich vorgestellt.
In diesem Jahr eröffnet Stadtrat Professor Dr. Jörg Hoffmann in Vertretung des Oberbürgermeisters gemeinsam mit Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle die zweite Werkschau, die am Dienstag, 10. Mai, im Gasteig, Carl-Orff-Saal, stattfindet. Beginn ist um 19 Uhr. Unter dem Motto „Schulträume – Bühnenräume II" präsentieren über 100 Schülerinnen und Schüler zusammen mit Künstlern aus den fünf beteiligten Theatern die Ergebnisse ihrer Arbeit.
Karten zum Preis von 8 Euro, ermäßigt 3 Euro, gibt es bei München Ticket (*www.muenchenticket.de* oder telefonisch unter 54 81 81 81).

Folgende Theater und Schulen sind Partner im Rahmen des TUSCH München Projekts:

- Bayerisches Staatsschauspiel und Volksschule mit städtischem Tagesheim Hochstraße 31
- Staatstheater am Gärtnerplatz und Hauptschule Ichostraße 2
- Metropoltheater und Städtisches Lion-Feuchtwanger-Gymnasium
- Bayerisches Staatsballett und Städtische Berufsoberschule für Sozialwesen
- Münchner Kammerspiele und Städtische Rainer-Werner-Fassbinder-Fachoberschule für Sozialwesen und Gestaltung.

TUSCH München ist eine Kooperation zwischen der Landeshauptstadt München und dem Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Die Projektkoordination liegt beim Pädagogischen Institut im Referat für Bildung und Sport. Weitere Informationen und Fotos unter *www.tusch-muenchen.de.* Anfragen zur Berichterstattung bitte per E-Mail an info@ tusch-muenchen.de oder ilona.herrmann@muenchen.de.

2. Vorbereitungssitzung für Kulturtage Obergiesing - Fasangarten

(5.5.2011) Vom 6. bis 9. Oktober finden im Stadtbezirk Obergiesing - Fasangarten gemeinsam vom Bezirksausschuss und dem Kulturreferat veranstaltete Kulturtage statt. Erste Programmvorschläge wurden bereits eingebracht und aufgegriffen. In einer zweiten öffentlichen Vorbereitungssitzung am Montag, 9. Mai, um 19 Uhr im Giesinger Bahnhof, Giesinger Bahnhofsplatz 1 (Gepäckhalle), wird über den aktuellen Stand der Programmplanungen informiert und es werden noch letzte Anmeldungen entgegengenommen. Alle im Viertel ansässigen Vereine, Initiativen, Institutionen, Künstlerinnen und Künstler sowie alle interessierten Bürgerinnen und Bürger, die an diesem Stadtteil-Kulturfestival unter dem Motto „Wir machen was“ mitwirken oder ihre Wünsche und Programmvorschläge einbringen wollen, sind herzlich dazu eingeladen. Nähere Informationen erteilt das Kulturreferat unter 2 33-2 81 25. Der Termin und weitere Informationen zu den Kulturtagen sind auch unter *www.muenchen.de/stadtteilkultur* im Internet einsehbar.

StartUp München 2011 – Businessplan erstellen leicht gemacht

(5.5.2011) StartUp München bietet unter dem Motto „Ihr Ziel: Der Geschäftsplan“ eine Veranstaltungsreihe für Gründungsinteressierte an. In fünf Abendveranstaltungen werden die Bestandteile des Geschäftskonzeptes erklärt. Dabei können die Gründerinnen und Gründer gleichzeitig überprüfen, ob der Schritt in die Selbstständigkeit das Richtige für sie ist. Sie erhalten einen Überblick über wichtige Aspekte der beruflichen Selb-

ständigkeit und werden gezielt auf die Erstellung eines aussagekräftigen Geschäftsplans vorbereitet. Nach Abschluss der Veranstaltungsreihe bieten Experten ein Feedback zu den fertig ausgearbeiteten Businessplänen an oder beraten bei der Erstellung des Geschäftskonzeptes.
Die Auftaktveranstaltung mit einem ersten Einblick in die Thematik hat bereits stattgefunden. Am 12. Mai, 19. Mai und 26. Mai werden Fachvorträge zu den Themen „Produkt – Kunde – Markt", „Marketing – Vertrieb" und „Finanzen" angeboten. Die Abschlussveranstaltung am 20. Mai vermittelt schließlich, wie man einen Businessplan kurz und überzeugend bei Geschäftspartnern und Investoren vorstellt. Zudem können individuelle Fragen mit Experten diskutiert werden. Diese geben dabei wertvolle Tipps zur Vermeidung typischer Fehler. Initiatoren der Veranstaltung sind das Referat für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, die Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern, GründerRegio M e.V., die Kreissparkasse München Starnberg Ebersberg, die Stadtsparkasse München und die Wirtschaftsjunioren München. Durch die gemeinsame Präsenz der Kooperationspartner auf den Veranstaltungen lernen Gründerinnen und Gründer die wichtigsten Akteure der Gründerszene in München kennen und erfahren, wer ihnen bei individuellen Gründungsfragen und -anliegen behilflich sein kann.
Detaillierte Informationen zu Ablauf, Terminen sowie ein Online-Anmeldeformular sind im Internet unter *www.startup-muenchen.de* zu finden. Die Veranstaltungen sind auch einzeln buchbar und kostenfrei. Eine Anmeldung ist in jedem Fall erforderlich.

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 2, Bezirksteile Glockenbachviertel und Deutsches Museum

(5.5.2011) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 2 (Ludwigsvorstadt - Isarvorstadt) am Donnerstag, 19. Mai, 19 Uhr, in die Gaststätte „Zunfthaus", Thalkirchner Straße 76, 80337 München, zu einer Bürgerversammlung des 2. Stadtbezirkes (Bezirksteile Glockenbachviertel und Deutsches Museum) ein.
Die Leitung der Versammlung übernimmt Bürgermeisterin Christine Strobl. Zu Beginn informieren sie und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Baumaßnahmen der Stadtwerke im Sommer 2011
2. Mieten – Erhaltungssatzung
3. Freischankflächen
4. Bauvorhaben Rodenstockgelände
5. Isarplan – Radweg Isarhochwasserbett

6. Kinder-Einwohnerversammlung
7. Gärtnerplatz – Mediation
8. Quo vadis Glockenbach

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Lichtbildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.

Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Mitte der Bezirksausschüsse 1, 2, 3, 4 und 12, Tal 13, 80331 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.

Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de,* regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Fax 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und der Bezirksausschussvorsitzende Alexander Miklosy.

Unfallkasse München: Tödliche Gefahr auf dem Spielplatz – Pferdegeschirre, Fahrradhelme und Anorakkordeln

(5.5.2011) Ausgelassenes Toben auf dem Spielplatz gehört einfach zu einer glücklichen Kindheit. Sicherheit aber auch. Eltern sollten deshalb alles tun, damit sich ihre Kinder auf dem Spielplatz nicht strangulieren, etwa mit dem Fahrradhelm, mit Anorakkordeln, Schlüsselbändern oder einem Pferdegeschirr. An diesen an sich nützlichen (Fahrradhelm) und alltäglichen Gegenständen können Kinder sich erdrosseln. Fatal: Vielen Eltern ist diese Gefahr nicht bewusst.

Zwei Beispiele allein aus dem Jahr 2010 zeigen, die brisant es auf dem Spielplatz werden kann. Im Herbst strangulierte sich im oberbayerischen

Burghausen ein vier Jahre altes Mädchen mit einem Pferdegeschirr zu Tode, weil eine um den Hals des Kindes gelegte Schlinge sich in der Rutsche verfangen hatte. Die Erzieherin konnte das Kind nicht mehr rechtzeitig befreien.
Im Sommer 2010 starb ein elfjähriges Mädchen auf einem Spielplatz bei Augsburg. Es hatte einen Fahrradhelm getragen, dessen Riemen sich in den Maschen eines Spielgerätes verfing. Das Gewicht des Kindes zog es nach unten, es konnte sich aus eigener Kraft nicht mehr befreien. Der festgeschnallte Riemen schnürte ihm die Luft ab.
Um diese furchtbaren Unfälle zu vermeiden, rät die Unfallkasse München Eltern:

- Beaufsichtigen Sie Ihr Kind oder sprechen Sie mit anderen Eltern ab, wer die Aufsicht übernehmen kann.
- Achten Sie darauf, dass Ihre Kinder beim Spielen auf dem Spielplatz oder auf Spielgeräten im Garten Fahrradhelm, lange Schals, Ketten oder Schlüsselbänder ablegen.
- Einfache Regeln aufstellen. Zum Beispiel: Das Kind darf mit einem Pferdegeschirr nur zu ebener Erde spielen. Tabu ist das Klettern auf Rutsche, Kletterhäuschen und andere Spielgeräte sowie Bäume.
- Anoraks mit Kordeln nicht anziehen. Zwar haben sich im Jahr 2001 zahlreiche Hersteller und Händler von Kinderkleidung freiwillig verpflichtet, bis Größe 146 auf Kordeln zu verzichten. Kordeln befinden sich aber noch immer an Jacken aus älteren Kollektionen, die in Secondhand-Läden gekauft oder von älteren Geschwistern vererbt werden. Klettverschlüsse, auch zum „Nachrüsten", sind eine gute Alternative.

Der Schutzhelm: sinnvoll auf dem Fahrrad und beim Skaten

Der Fahrradhelm schützt im Straßenverkehr das Leben des Kindes. Wird er falsch genutzt, etwa beim Klettern in einer großen Kletterspinne, birgt er Lebensgefahr: Fällt das Kind herunter, bleibt der Helm womöglich in den Maschen hängen. Das Kind kann sich strangulieren oder das Genick brechen. Zwar sind die Lücken zwischen den Maschen groß genug, dass der Kopf eines Kindes problemlos durchpasst – aber eben nicht der Helm. Er bleibt hängen, das Kind wird von der Schwerkraft nach unten gezogen und bekommt keine Luft mehr.

Pflanzentausch- und Wertstoffbörse in der Messestadt Riem

(5.5.2011) Zwei Einrichtungen der Messestadt Riem – die Grünwerkstatt des Baureferates (Gartenbau) und der Arbeitskreis Ökologie – haben sich zusammengetan, um die Pflanzentausch- und Wertstoffbörse zum nunmehr zehnten Mal gemeinsam zu organisieren. Sie findet am Samstag, 7. Mai, von 11 bis 16 Uhr in der Messestadt Riem, Helsinkistraße 57, statt.

Die Teilnahme ist kostenfrei. Ergänzt wird die Börse dieses Jahr wieder mit der RadbaR, dem Fahrradreparatur-Selbsthilfetag mit BioBar und dem „Alles-was-rollt-Basar". Des Weiteren wird es mehrere Mitmachangebote, Informationsstände und Ausstellungen geben (u.a. Bund Naturschutz, Umweltnetz München-Ost, Abfallwirtschaftsbetrieb München, Stattauto München (CarSharing), ökumenisches Umweltteam (kirchliches Umweltmanagement), Fair Verkauf, Messewerkstadt, Polizeiinspektion 25). Ziel der RadbaR, der kleinen Klimaschutzaktion des Arbeitskreises Ökologie, ist es, den Fahrradverkehr zu fördern und so zu helfen, dass das Auto öfter einmal stehen bleiben kann.
Die Pflanzentauschbörse bietet die Möglichkeit, mitgebrachte Pflanzen aus dem eigenen Garten abzugeben, zu tauschen oder gegen eine kleine Spende zu erhalten. Gleichzeitig können Erfahrungen an Interessenten weitergegeben werden.
Bei der Wertstoffbörse können nicht mehr gebrauchte Dinge für ökologische und soziale Einrichtungen abgegeben werden, die in der Wegwerfgesellschaft scheinbar wertlos sind und oft in der Mülltonne landen. Folgende Wertstoffe können abgegeben werden: entwertete Briefmarken und Telefonkarten, Münzen, Bücher, CDs und DVDs, Tintenpatronen und Tonerkartuschen, Energiesparlampen, Fahrräder und Fahrradteile, Handys, Honiggläser, Handwerkszeug, Kurzwaren (Näh- und Strickzubehör), Stoff-, Woll- und Lederreste, Wachs, Kork, Rollstühle und Gehhilfen (und alle orthopädischen Hilfsmittel wie Arm- und Beinprothesen), Hörgeräte, Brillen. Außerdem präsentiert das Umweltnetz seine Ausstellung „Wertlos? – Wertvoll!", die darüber informiert, was mit den gesammelten Wertstoffen geschieht und welche Menschen davon profitieren.
Darüber hinaus bietet der Arbeitskreis Ökologie einen Fahrradreparatur-Selbsthilfetag mit fachlicher Anleitung zum Bremsen nachstellen, Kette schmieren und Reifen flicken an, sowie einen Radl-Basar" zum Verkauf von Fahrrädern und Radanhängern, Rollern, Dreirädern und Einrädern.
Aber auch für die kleinen Besucher gibt es ein attraktives Programm: Unter Anleitung einer Mitarbeiterin des Vereins Aktion Tier e.V. können Kinder ab acht Jahre einfache Insektennisthilfen bauen. Auf dem Balkon oder im eigenen Garten angebracht, finden sich bald die ersten Bewohner wie Wildbienen und Ohrwürmer ein. Die Messewerkstadt e.V. bietet von 12 bis 15 Uhr wieder eine Schrottwerkstatt an und am Stand des Abfallwirtschaftsbetriebs München kann man u.a. Blumentöpfe bemalen und anschließend bepflanzen. Auch für das leibliche Wohl ist gesorgt: An der BioBar gibt es leckere Getränke und einen kleinen Imbiss für die Besucher. Weitere Informationen und Kontakt: Arbeitskreis für Ökologie in der

Messestadt Riem, Rufnummer 43 65 09 11, E-Mail: akoekologie@gmx.de oder Grünwerkstatt, Telefon 2 33-6 03 29, Fax 2 33-6 03 45, E-Mail: gartenbau@muenchen.de.

Führung in der Baumschule Bischweiler

(5.5.2011) Das Baureferat (Gartenbau) lädt alle interessierten Bürgerinnen und Bürger am Montag, 9. Mai, um 14 Uhr zu einer Führung mit dem Thema „Der Flieder blüht!" ein. Ein fachkundiger Mitarbeiter der städtischen Baumschule Bischweiler wird auf dem Baumschulgelände und in den Themengärten Wissenswertes über die aktuellen Blütengehölze weitergeben. Dabei zeigen sich nicht nur alte und neue Fliedersorten von ihrer schönsten Seite, auch die vielen Sorten der Zieräpfel und eine Besonderheit der Baumschule, der Taschentuchbaum, sind in voller Blütenpracht zu bewundern. Aufgrund der aktuellen Witterung muss die Führung, die im Internet unter *www.muenchen.de* ursprünglich für den 18. Mai angekündigt war, um zwei Wochen vorverlegt werden. Der Treffpunkt ist vor dem Eingang, Sachsenstraße 2, Zugang über die Sachsenstraße südlich des Schyrenbades oder über den Fußwanderweg entlang der Isar, Eingang Rosengarten. Die Führung ist kostenlos.

Keine Schule, dafür Gedichte im Workshop „Lyric(s) & Graffiti"

(5.5.2011) Was ist Lyrik? Was ist Poesie? Und was kümmert's uns? Am Montag, 9. Mai, beginnt sich die 8. Klasse der Hauptschule an der Weilerstraße im Workshop Lyric(s) & Graffiti der Münchner Stadtbibliothek Giesing, Sankt-Martin-Straße 2, mit Gedichten und ihrer Nähe zum Rap und Hip-Hop auseinanderzusetzen. Die Schülerinnen und Schüler treten dabei aus ihrem Schulalltag heraus und befassen sich mit Sprache, Ausdruck und Bildender Kunst. Fünf Tage haben sie nun Zeit, sich mit Graffiti-Künstlern auszutauschen und sich mit ihnen auf Augenhöhe zu unterhalten. Es entsteht dabei eine sehr persönlich geprägte Arbeitsatmosphäre, die auch Jugendlichen mit noch schwächerem sprachlichen Ausdrucksvermögen die Möglichkeit gibt, gleichwertig zum Endprodukt – den gesprayten Gedichtinterpretationen – beizutragen. Am Ende des Workshops schicken die Schülerinnen und Schüler ihre Graffiti-Kunstwerke nach eigenen Gedichten und Songtexten auf München-Tournee:

- Vernissage Nr. 1: Freitag, 13. Mai, um 18 Uhr in der Stadtbibliothek Giesing, St.-Martin-Straße 2,
- Vernissage Nr. 2: Freitag, 1. Juli, um 16 Uhr im Rahmen der Eröffnung des Kiks-Festivals, Alte Messe/ Theresienhöhe,
- Vernissage Nr. 3: Montag, 11.7. in der Hauptschule an der Weilerstraße.

Das Projekt wurde durch die finanzielle Unterstützung der Castringius-Stiftung und der Sparda Bank München sowie die Beiträge der Kooperationspartner Kultur & Spielraum e.V. und der Färberei, einer Einrichtung des Kreisjugendrings München-Stadt ermöglicht.
Fotografen und Pressevertreter sind auch während des Workshops willkommen. Kontakt und Anmeldung: Katrin Fleischmann, Rufnummer 1 89 31 29 -0 bzw. katrin.fleischmann@muenchen.de

Vortrag „Biografische Recherchen" im Stadtarchiv
(5.5.2011) Am Dienstag, 10. Mai, erläutert Angela Stilwell im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Einblicke" des Stadtarchivs München die für die Familien- und Personenforschung wichtigen Quellengattungen im Stadtarchiv. Die Veranstaltung „Biografische Recherchen" beginnt um 18.30 Uhr im Stadtarchiv München, Winzererstraße 68. Der Eintritt ist frei.

Szenische Lesung auf den Spuren von Klaus und Erika Mann
(5.5.2011) Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Thomas Mann und die Seinen" findet am Dienstag, 10. Mai, um 19 Uhr im städtischen Literaturarchiv Monacensia, Maria-Theresia-Straße 23, die Szenische Lesung „Ruhe gibt es nicht, bis zum Schluss ..." statt. Die Kölner Schauspieler Ute Maria Lerner und Mark Weigel nähern sich mit Texten und Zuspielungen von Klaus und Erika Mann dem Geschwisterpaar, den beiden ältesten Kindern von Katia und Thomas Mann.
Erika und Klaus Mann, beide Schriftsteller, beide Bohémiens, beide Antifaschisten, beide auf der Flucht, beide Suchende – immer unterwegs. Gemeinsamkeiten gab es viele, doch es war noch mehr: sie waren auch seelisch aufeinander angewiesen. Bei ihrer gemeinsamen Weltreise, zu der sie im Oktober 1927 aufbrachen, gaben sie sich als Zwillinge aus und nannten sich die „Literary Mann Twins". Diese tiefe Bindung prägte auch ihr unruhiges Exilleben kreuz und quer durch Europa und die USA. Klaus Mann starb im Mai 1949 an den Folgen einer Überdosis Schlaftabletten – für Erika Mann bedeutete dieser Verlust einen tiefen Einschnitt in ihre eigene Existenz.
Die Landeshauptstadt München hat mit der Monacensia eine vielbeachtete Forschungsstelle zur Familie Mann. Das Herzstück des Literaturarchivs sind die schriftlichen Nachlässe von Erika (1905 -1969) und Klaus Mann (1906 - 1949), die zahlreiche Briefe, Manuskripte, Fotografien und biografische Dokumente enthalten. Veranstalter der szenischen Lesung sind die Monacensia und das BayernForum der Friedrich-Ebert-Stiftung. Der Eintritt kostet 5 Euro. Karten sind ab 18.30 Uhr an der Abendkasse erhältlich. Die weiteren Termine zur Veranstaltungsreihe „Thomas Mann und die Seinen" unter *www.muenchner-stadtbibliothek.de/monacensia*

Bauzentrum München: Experte erklärt Energieeinsparverordnung

(5.5.2011) Die aktuelle Energieeinsparverordnung (EnEV 2009) und die damit verbundenen wichtigsten Anforderungen für Alt- und Neubauten erläutert Energieberater Werner Knöbl am Dienstag, 10. Mai, bei einem Vortrag, der um 18 Uhr beginnt, im Bauzentrum München. Der Eintritt ist kostenlos.

Mit der am 1. Oktober 2009 in Kraft getretenen Energieeinsparverordnung (EnEV) sind die energetischen Anforderungen für Neubauten um 30 Prozent verschärft worden. Aber auch bei der Sanierung setzt die Verordnung neue Maßstäbe: So wurden beispielsweise einheitliche Bußgeldvorschriften eingeführt. In seinem Vortrag wird Werner Knöbl die neuen und erforderlichen energetischen Standards erklären. Dazu zählen: Der Energieausweis nach der Sanierung oder die Verpflichtung, ein Lüftungskonzept auszuarbeiten.

Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort nur fünf Minuten ausgeschilderter Fußweg; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort umsteigen in Bus 190 bis Messestadt West; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de, Telefon 54 63 66-0.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 5. Mai 2011

Verkehrskonzept für den Münchner Norden 1
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Ingo Mittermaier, Alexander Reissl, Heide Rieke, Dr. Inci Sieber und Claudia Tausend (SPD) vom 2.3.2011

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 02.03.2011 haben Sie gemäß § 68 GeschO die o.g. Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird. Um eine Terminverlängerung wurde nachgesucht.

Zum Thema Verkehr im Münchner Norden fand am 01.12.2009 auf Initiative des Planungsreferats ein „Runder Tisch" mit Vertreterinnen und Vertretern folgender Institutionen statt.
- Autobahndirektion Südbayern
- Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
- Bezirksausschuss 10 Moosach
- Bezirksausschuss 11 Milbertshofen - Am Hart
- Bezirksausschuss 24 Feldmoching - Hasenbergl
- BMW Group
- Deutsche Bahn AG
- Gemeinde Karlsfeld
- Gemeinde Oberschleißheim
- Landeshauptstadt München
- Landratsamt Dachau
- Landratsamt München
- Münchner Verkehrs- und Tarifverbund GmbH (MVV)
- Planungsverband Äußerer Wirtschaftsraum München
- Staatliches Bauamt Freising
- Stadt Garching
- Stadt Unterschleißheim
- Stadtwerke München GmbH (MVG mbH)

Im Rahmen des „Runden Tisches" wurden folgende, die Verkehrsproblematik im Stadtgebiet unmittelbar betreffende Arbeitsgruppen (Leitung) gebildet:

- Sofortmaßnahmen (MVV und MVG mbH)
- Infrastrukturmaßnahmen im Stadtgebiet (Landeshauptstadt München, Planungsreferat)
- Ortsumfahrungen/ Ausbau A92 (Stadt Unterschleißheim)
- Höhenfreimachung Bahnübergänge (Stadt Unterschleißheim/Gemeinde Oberschleißheim)

Ihre Anfrage vom 02.03.2011 bezieht sich auf die Ergebnisse aus den Tätigkeiten der Arbeitsgruppen und die darauf basierenden Vorschläge der Verwaltung.

Auf Ihre Fragen können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche Erkenntnisse und Ergebnisse haben die am 01.12.2009 eingesetzten Arbeitsgruppen erzielt?

Antwort:
AG Sofortmaßnahmen
In der AG Sofortmaßnahmen haben sich Vertreterinnen und Vertreter der Bezirksausschüsse 10, 11 und 24, der Umlandkommunen Karlsfeld, Garching, Unterschleißheim und des Stadtrates des Landeshauptstadt München mit den zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des MVV, der MVG mbH und der Stadtverwaltung sowie der Firma BMW über aktuelle Probleme und Fragen des ÖV-Angebotes ausgetauscht. Zur Sprache kamen Wünsche über Taktverdichtungen oder Linienverlängerungen ebenso wie Beschwerden der Bürgerinnen und Bürger über Verspätungen oder verpasste Anschlüsse. Die Anliegen der Beteiligten wurden entweder direkt im Rahmen der Arbeitsgruppe behandelt oder je nach Zuständigkeit vom MVV oder von der MVG mbH geprüft und ggf. in die Planungen miteinbezogen.

AG Infrastrukturmaßnahmen im Stadtgebiet
Im Rahmen dieser Arbeitsgruppe ist es gelungen, bei Vertreterinnen und Vertretern der verschiedenen Fraktionen des Stadtrats, der betroffenen Bezirksausschüsse, der Kommunen Unter- und Oberschleißheim, des Landkreises München, der Autobahndirektion Südbayern, des Staatlichen Bauamts Freising, der Firma BMW und der Stadtverwaltung mit den jeweils unterschiedlichen Interessenlagen ein gemeinsames Problembewusstsein und die Bereitschaft zum gemeinsamen Handeln zu wecken.

Alle beteiligten Gruppierungen haben aktiv dazu beigetragen, Lösungsansätze zur Verbesserung der Verkehrssituation im Münchner Norden zu finden. In der Diskussion hat sich herausgestellt, dass das drängendste Thema eine weitere Anbindung des Münchner Nordens an die A99 und damit eine Entlastung der Anschlussstellen München-Ludwigsfeld und München-Neuherberg einschließlich des nachgeordneten Hauptverkehrsstraßennetzes ist.

AG Ortsumfahrungen/Ausbau A92

Diese Arbeitsgruppe findet ohne Beteiligung von Vertreterinnen und Vertretern der Landeshauptstadt München statt, da diese Maßnahmen außerhalb der Stadtgrenze greifen sollen. Über die aktuellen Ergebnisse liegen uns keine Informationen vor, das Planungsreferat wird aber entsprechende Erkundigungen einholen.

AG Höhenfreimachung Bahnübergänge

In dieser Arbeitsgruppe wurde eine Bestandsaufnahme der verschiedenen betroffenen Bahnübergänge und der dazugehörigen Planungssituation erarbeitet (siehe Grafik). Dazu wurden die jeweiligen Anforderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Arbeitskreises erarbeitet und abgestimmt.

Frage 2:
Welche Schlussfolgerungen hat die Verwaltung daraus gezogen?

Antwort:
AG Sofortmaßnahmen
Die Anliegen der Beteiligten wurden aufgenommen, ggf. unterstützt und werden bei laufenden Planungen berücksichtigt. Anliegen der Landeshauptstadt München wurden mit dem MVV und der MVG mbH diskutiert, geprüft und ggf. in die Planungen aufgenommen.

Auf Basis der im Rahmen dieser Arbeitsgruppe geschaffenen engeren Zusammenarbeit wurden Kontakte aufgebaut und Vertrauen geschaffen, so dass auch über das Projekt Münchner Norden hinaus mit einer dauerhaften der Kommunikation zwischen den Beteiligten zu rechnen ist.

AG Infrastrukturmaßnahmen im Stadtgebiet
Eine weitere Anbindung des Münchner Nordens an die A99 und damit eine Entlastung der Anschlussstellen München-Ludwigsfeld und München-Neuherberg einschließlich des nachgeordneten Hauptverkehrsstraßennetzes wird seitens der Verwaltung geprüft. Dazu erfolgt derzeit die Untersuchung einer möglichen Anbindung der Schleißheimer Straße an die A99 im Vergleich zu den bereits 2009 untersuchten Alternativen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden dem Stadtrat voraussichtlich noch in diesem Jahr vorgestellt werden.

AG Höhenfreimachung Bahnübergänge
Die in der Arbeitsgruppe erarbeiteten Anforderungen werden von der Verwaltung bei den weiteren Planungen berücksichtigt. Die Höhenfreimachungen der Bahnübergänge an der Feldmochinger Straße, an der Lerchenauer Straße und an der Lerchenstraße werden bei den Untersuchungen zur Anbindung des Münchner Nordens an die Autobahn bei allen Varianten zu Grunde gelegt. Zu der Höhenfreimachung des Bahnübergangs an der Feldmochinger Straße wurde dem Stadtrat vom Baureferat am 01.03.2011 eine Machbarkeitsstudie vorgelegt.

Weiteres Vorgehen
Die im Rahmen der Sitzungen des „Runden Tisches“ und der entsprechenden Arbeitsgruppen begonnenen Arbeiten werden fortgeführt. Über die Ergebnisse wird der Stadtrat zu gegebener Zeit unterrichtet.

Verkehrskonzept für den Münchner Norden 2
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Ingo Mittermaier, Alexander Reissl, Heide Rieke, Dr. Inci Sieber und Claudia Tausend (SPD) vom 2.3.2011

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 02.03.2011 haben Sie gemäß § 68 GeschO die o.g. Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird. Um eine Terminverlängerung wurde nachgesucht.

In Ihrer Anfrage führen Sie zunächst Folgendes aus:
„Im Rahmen der Arbeiten an einem Verkehrskonzept für den Münchner Norden weist die Verwaltung seit Jahren darauf hin, dass mit einer deutlichen Zunahme des Individualverkehrs zu rechnen ist. Auf dieser Annahme basierend wird ein zusätzlicher Anschluss an die A 99 für erforderlich gehalten."

Auf Ihre Fragen können wir Ihnen Folgendes mitteilen:

Frage 1:
Welche aktuellen Prognosen liegen für den zu erwartenden Individualverkehr vor? Welche neueren Maßnahmen im ÖPNV sind dabei berücksichtigt (z.B. Verknüpfung S1 und U3 in Moosach)?

Antwort:
Nach den aktuellen Prognosen sind im Münchner Norden bis zum Jahr 2025 durchschnittlich Zunahmen im motorisierten Individualverkehr von ca. 20 bis 30% zu erwarten. Besonders stark betroffen von dieser Entwicklung sind dabei die Ost-West-Verbindungen wie Neuherbergstraße oder Dülferstraße. Hier liegen die zu erwartenden Zunahmen zum Teil deutlich höher.

Bei der Berechnung der Zunahmen im Individualverkehr wurden alle Maßnahmen berücksichtigt, die im Verkehrsentwicklungsplan bis 2015 vorgesehen sind.

Frage 2:
Welche Quelle und welches Ziel haben diese (prognostizierten) Verkehre?

Antwort:
Auf Basis der Erkenntnisse aus dem Verkehrsmodell der Stadt München stellt sich die Situation bezüglich des Ziel-Quell-Verkehrs bzw. des Durchgangsverkehrs folgendermaßen dar:
Der Durchgangsverkehr wird hauptsächlich über die Straßen des Primärnetzes (Max-Born-Straße, Triebstraße, Moosacher Straße, Ingolstädter Straße) abgewickelt; dies entspricht der im Verkehrsentwicklungsplan vorgesehenen Funktion als (über)regionale Hauptverkehrsstraßen. Sehr stark belastet sind die Max-Born-Straße und die Triebstraße mit einem Anteil des Durchgangsverkehrs von ca. 80%. Stark belastet ist zudem die Ingolstädter Straße mit einem Anteil des Durchgangsverkehrs von ca. 40%. Bei der Moosacher Straße und beim Frankfurter Ring liegt der Anteil des Durchgangsverkehrs bei 20 bis 30%.

Bei den Straßen des Sekundärnetzes (örtliche Hauptverkehrsstraßen) muss die Feldmochinger Straße und in geringem Maße auch die Lerchenauer Straße Durchgangsverkehr aufnehmen. Das Verkehrsaufkommen der Straßen im übrigen Sekundärnetz (Schleißheimer Straße, Neuherbergstraße und Dülferstraße) ist zum überwiegenden Teil Quell-/Zielverkehr.

Im Tertiärnetz (Erschließungsnetz) ist entsprechend des besonders in der morgendlichen und nachmittäglichen Spitzenstunde stark belasteten Knotens Frankfurter Ring – Ingolstädter Straße eine geringfügige Verlagerung des Durchgangsverkehrs auf die Sudetendeutsche Straße erkennbar. Dieser Durchgangsverkehrsanteil bewegt sich in einem Bereich von ca. 10%. Im übrigen Tertiärnetz besteht das Verkehrsaufkommen praktisch ausschließlich aus Quell-Ziel-Verkehr.

Verkehrskonzept für den Münchner Norden 3
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Dr. Ingrid Anker, Dr. Reinhard Bauer, Ingo Mittermaier, Alexander Reissl, Heide Rieke, Dr. Inci Sieber und Claudia Tausend (SPD) vom 2.3.2011

Antwort Referat für Stadtplanung und Bauordnung:

Mit Schreiben vom 02.03.2011 haben Sie gemäß § 68 GeschO die o.g. Anfrage an Herrn Oberbürgermeister gestellt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung wie folgt beantwortet wird. Um eine Terminverlängerung wurde nachgesucht.

In Ihrer Anfrage führen Sie Folgendes aus:
„Der Stadtratsvorlage Nr. 08-14/V 03800 zur Beseitigung höhengleicher Bahnübergänge ist zu entnehmen, dass das Referat für Stadtplanung die vierspurige Freihaltung der Schienentrasse der S1 zumindest im Bereich der Fasanerie für erforderlich hält. Diese Einschätzung wird weder vom Bayerischen Staatsminister für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie noch von der DB Netz geteilt. Auch in der gerade neu veröffentlichten Fassung des Bundesverkehrswegeplans ist ein viergleisiger Ausbau nicht mehr vorgesehen.“

Frage:
Welche Prognosen oder sonstige Erkenntnisse haben zu der genannten Einschätzung geführt, nach der ein Korridor für einen viertrassigen Ausbau des Schienenwegs freigehalten werden sollte?

Antwort:
Die Bahnstrecke der S1 zwischen Laim und Neufahrn war bereits 2001 mit 32.000 Fahrgästen pro Tag (Querschnittsbelastung vor der Stammstrecke, MVV-Fahrgasterhebung 2001) der nachfragestärkste Ast im gesamten Münchner S-Bahn-Netz. Mit der Eröffnung der U3 nach Moosach im Dezember 2010 und der U2 in Feldmoching verfügt die S1-West zudem als einziger S-Bahnaußenast über zwei Umsteigepunkte zur U-Bahn. Entsprechend der verkehrlichen Bedeutung wurde auf der S1-West bereits von der DB AG ein drei- bis viergleisiger Ausbau zwischen Laim und Neufahrn vorgesehen (Ausbauprogramm der S-Bahn München 1998 – 2004; DB AG 2000). Dementsprechend ist das bestehende Unterführungsbauwerk unter dem Rangierbahnhof München Nord bereits für einen dreigleisigen Ausbau konzipiert.

Die Untersuchungen zur Erstellung von Qualitätsstandards im Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt München aus dem Jahr 2001 der Firma Intraplan haben bei der nachrichtlichen Betrachtung des S-Bahn-Netzes gezeigt, dass im Jahr 2000 auf der S1 West im stärksten Abschnitt zwischen Laim und Moosach die Empfehlungen des Freistaats Bayern zur Fahrzeugauslastung der S-Bahn in der Spitzenstunde mit 84% (Grenzwert 70%, Richtwert 65%) deutlich überschritten wurden – die damals höchste Grenzwertüberschreitung im gesamten S-Bahn-Netz. Im Zuge der Planungen zur 2. Stammstrecke ist mittelfristig eine Taktumstellung vom bisherigen 20-Minuten-Takt auf einen 15-Minuten-Takt vorgesehen. Mit einer Entspannung der Auslastungssituation ist dann zu rechnen. Aktuell hat daher das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie und die DB AG auf Basis der seit November 2010 vorliegenden Fortschreibung des Bedarfsplans „Schiene" erklärt, dass künftig von einer zweigleisigen Bahnstrecke auszugehen ist.

Dementsprechend wurde seitens des Planungsreferates dem Baureferat mitgeteilt, dass den Planungen zwar die Zweigleisigkeit zu Grunde gelegt werden sollte, im Sinne einer vorsorgenden Stadtentwicklungsplanung und der verkehrlichen Bedeutung der Bahnstrecke aber eine viergleisige Aufwärtskompatibilität der Strecke geprüft werden sollte.

Diese Aufwärtskompatibilität sollte allerdings nur dann Berücksichtigung finden, wenn der Mehraufwand und die Hürden zur Durchsetzbarkeit gegenüber privaten Interessen (Eigentumseingriffe) vertretbar erscheinen. Die Federführung zur Beurteilung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahme und deren Abwägung liegt beim Baureferat.